



Arbeitsgruppe Anerkennung - *gegen Genozid, für Völkerverständigung e.V. (AGA)*

Berlin, den 24. Mai 2015

Der Polizeipräsident von Köln
Herrn Wolfgang Albers
Polizeipräsidium Köln

51101 Köln

Straftaten auf der Veranstaltung des Türkischen Jugendbundes in Europa am 23. Mai 2015 im Palladium in Köln-Mülheim **Hier: Schreiben des Polizeipräsidiums vom 19.03.2015 an Herrn Erdal Şahin**

Sehr geehrter Herr Albers,

unserer Menschenrechtsorganisation liegt der Briefwechsel zwischen Herrn Şahin und Ihrer Behörde vor. Herr Şahin hatte sich am 16. Mai 2015 an Sie gewendet, weil er zu Recht befürchtet hat, dass es auf o.a. Veranstaltung zu Straftaten wie einer gezielten Leugnung des Genozids an den Armeniern im Osmanischen Reich seitens des Redners Doğu Perinçek kommen würde.



D. Perinçek hat bei früheren Gelegenheiten die Rechtssysteme Deutschlands, Frankreichs und der Schweiz mit so genannter qualifizierter Genozidleugnung herausgefordert. In der Schweiz ist er 2007 in sämtlichen drei Gerichtsinstanzen des Landes wegen Verletzung der Antirassismusklausel bzw. Genozidleugnung verurteilt worden. Vom Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg wurde seinen Anhängern 2005 untersagt, bei einem Aufmarsch den Begriff „armenische Genozidlüge“ zu verwenden.

Es ist uns nicht nachvollziehbar, dass Ihre Mitarbeiterin, Frau Bel, mit o.a. Schreiben Herrn Şahin mitteilt, dass Ihrer/ihrer Behörde keine Erkenntnisse für ein Versammlungsverbot der Veranstaltung vom 23.05.2015 in Köln vorliegen. Tatsächlich hat D. Perinçek am 23. Mai 2015 auf der Kölner Veranstaltung zweifach den Genozid an den Armeniern als Lüge bezeichnet und damit den Straftatbestand der Verunglimpfung des Ansehens Verstorbener (§ 189 StGB) und der Volksverhetzung (§130,2) begangen. Darüber hinaus sprach der Redner

sein aus dem gesamten Bundesgebiet angereistes Publikum als „Vertreter“ Mehmet Talats, Ismail Envers und anderer historischer Personen an, also als Vertreter bzw. Erben gerichtlich verurteilter Genozidtäter. Bei Enver und Talat handelt es sich um die politisch Hauptverantwortlichen für die Vernichtung der Armenier, die am 5. Juli 1919 von einem osmanischen Militärgerichtshof wegen „Massakern und der Vernichtung der Armenier“ in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurden. Ungeachtet dessen bedienen türkische Nationalisten wie D. Perinçek und mit ihm die Veranstalter des Türkischen Jugendbundes in Europa einen Kult um gerichtlich verurteilte Genozidtäter. Das Porträt Talats war auf der Veranstaltung am 23. Mai ausgehängt (siehe anbei), eingereiht unter die Porträts jugendlicher Opfer.

Wir bitten Sie dringend, die Position Ihrer Behörde gegenüber nationalistischen und Genozid verharmlosenden Veranstaltungen zu überdenken und sehen Ihrer Stellungnahme mit Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen
i.A. des Vorstands

Dr. Tessa Savvidis
(Vorsitzende)